

Gedenkfeier und Gesetzentwurf

Rechtsextremismus weiter konsequent bekämpfen

In der vergangenen Woche fand in Berlin die Trauerfeier für die Opfer der rechtsradikalen „Zwickauer Terrorzelle“ statt. Nun zieht die christlich-liberale Koalition eine weitere Konsequenz aus der rechtsextremistischen Anschlagsserie und hat ein Gesetz zur weiteren Bekämpfung des Rechtsextremismus auf den Weg gebracht.

Die brutale und menschenverachtende Verbrechenstriebe der „Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) hat uns alle zutiefst erschüttert. Noch immer stellt sich die Frage, wie die Gewalttäter unentdeckt über Jahre hinweg in unserem Land morden konnten.

Am 23. Februar haben daher alle Bundestagsfraktionen gemeinsam in einer zentralen Trauerfeier der Opfer der Attentate gedacht und so ein klares Zeichen gegen jede Art von fremdenfeindlicher und extremistischer Gewalt in Deutschland gesetzt. In der bewegenden Gedenkveranstaltung im Konzerthaus am Berliner Gendarmenmarkt wurde an die zehn Menschen erinnert, die in den vergangenen elf Jahren dem rassistischen Hass der rechtsradikalen Gruppierung zum Opfer gefallen sind.

Damit sich eine solch schreckliche Verbrechenstriebe in unserem Land nicht wiederholen kann, hat die Bundesregierung unter der Federführung von Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich nun ein Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechtsextremismus vorgelegt. Angesichts der Bedrohung durch den Rechtsextremismus soll mit dem Gesetz der Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Polizeibehörden und den Nachrichtendiensten weiter verbessert werden.

Das Gesetz sieht daher die Errichtung und Nutzung einer gemeinsamen Datei durch die Polizei und die Nachrichtendienste vor. Diese Datei soll beim Bundeskriminalamt (BKA) angesiedelt werden und Daten von Bund und Ländern zu relevanten Personen und Objekten zusammenführen. Durch die zentrale und standardisierte Datenbank soll der Austausch der gespeicherten Informationen zwischen den verschiedenen Sicherheitsbehörden intensiviert und beschleunigt werden. Vorgehen ist deshalb, dass nicht nur das Bundeskriminalamt und das Bundespolizeipräsidium, sondern auch die Landeskriminalämter und die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern auf die gemeinsame Datei zugreifen können.

Kein Raum für Rassismus

Neben dem bereits eingerichteten „Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum Rechts“ stellt die zentrale Datei den zweiten wesentlichen Baustein im Kampf gegen den Rechtsextremismus dar. Zuvor hatte sich die christlich-liberale Koalition bereits erfolgreich für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und die Einrichtung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingesetzt. Dies zeigt einmal mehr, dass die CSU-Landesgruppe um Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich konsequent gegen rechtsradikale Gruppierungen vorgeht und keine rechtsextremistischen Gewalttaten in unserem Land duldet.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

Der christlich-liberalen Koalition werden in diesen Tagen durch die EU-Staatschuldenkrise extrem schwierige Entscheidungen abverlangt. Sie stellt dabei eindrucksvoll unter Beweis, dass sie ein Garant für Stabilität und Verlässlichkeit ist. Sozialdemokraten und Grüne scheinen dagegen nur noch am hilflosen Versuch interessiert, parteipolitisches Kapital aus der EU-Staatschuldenkrise zu schlagen.



Mit einer deutlichen eigenen Mehrheit hat die Koalition die schwierige Entscheidung zum Griechenland II – Paket getroffen. Die Entscheidung ist keinem Abgeordneten leicht gefallen. Doch während wir die Auswirkungen des jetzt beschlossenen Weges absehen können, wären die Risiken der Alternativen unkalkulierbar gewesen. Der Crash von Lehman Brothers – in dessen Folge die weltweite Finanzkrise erst ausgelöst wurde – hat die Amerikaner und den Rest der Welt im Jahr 2008 gelehrt, dass man unkalkulierbare Risiken nicht verantworten kann. Mit den neuen Finanzhilfen für Griechenland wird der deutsche Haftungsanteil übrigens nicht erhöht, denn das Paket wird über den vorhandenen Rettungsschirm EFSF finanziert.

Auch vom Bundesverfassungsgericht gab es in dieser Woche Bestätigung für die Politik der Koalition. Zwar müssen Teile des so genannten 9er-Gremiums, mit dem der Bundestag bei Entscheidungen des Euro-Rettungsschirms mitentscheiden kann, gesetzlich angepasst werden. Im zentralen Punkt hat das Gericht aber die christlich-liberale Position bestätigt: Der Ankauf von Staatsanleihen durch die EFSF kann von dem 9er-Gremium vertraulich entschieden werden. Das ist die Voraussetzung, um die Beteiligung des Bundestags und gleichzeitig die Handlungsfähigkeit des Euro-Rettungsschirms sicherzustellen.

Mit freundlichen Grüßen



Gerda Hasselfeldt MdB
Vorsitzende der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Joachim Gauck stellt sich vor

Bundespräsident für Freiheit und Einheit

Vergangene Woche hat sich die Union unter Führung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit der FDP, der SPD und den Grünen darauf verständigt, Joachim Gauck als gemeinsamen Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten aufzustellen. Nun hat sich der designierte Bundespräsident in der Fraktionsitzung der CDU/CSU den Bundestagsabgeordneten vorgestellt. Nächste Woche werden sich die Mitglieder der CSU-Landesgruppe dann mit Joachim Gauck treffen, um mit ihnen über die bevorstehenden politischen Themen zu sprechen.

Der ehemalige Pfarrer und Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen hat einen beeindruckenden Lebensweg aufzuweisen: Geboren 1940 und aufgewachsen in der DDR, war er nach dem Studium zunächst als Pastor, nach der Wende dann als Volkskammerabgeordneter des Neuen Forums und Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR tätig.

Während seiner Amtszeit will sich Joachim Gauck für Freiheit in Verantwortung und eine Politik der Hoffnung und ohne Angst einsetzen. Dies betonte der designierte Bundespräsident bei seiner Ansprache vor

den Bundestagsabgeordneten der Union in dieser Woche.



Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt begrüßen den designierten Bundespräsidenten Joachim Gauck in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Joachim Gauck stellte in seiner Rede auch klar, dass Parteiendemokratie und Bürgergesellschaft für ihn

zusammengehören und er sich für das geeinte Deutschland stark machen möchte.

Bei seinem Auftritt hat Joachim Gauck einen hervorragenden Eindruck gemacht und die Parlamentarier davon überzeugt, dass er der richtige überparteiliche Kandidat ist. Nach der gemeinsamen Nominierung für das Amt des Bundespräsidenten ist die Union davon überzeugt, dass Joachim Gauck ein guter Bundespräsident sein und eine erfolgreiche Amtszeit absolvieren wird. Die Bundesversammlung wird am 18. März in Berlin zur Wahl des Bundespräsidenten zusammenkommen.

Diese Woche

Gedenkfeier und Gesetzentwurf

Rechtsextremismus weiter konsequent bekämpfen 1

Joachim Gauck stellt sich vor

Bundespräsident für Freiheit und Einheit 2

Mehr Rechtssicherheit für Arbeitnehmer

Nutzung von Smartphones und Software zukünftig steuerfrei 2

Verkehrspolitik

Neues Punktesystem vorgestellt 3

Starker Arbeitsmarkt

Niedrigste Arbeitslosigkeit seit über 20 Jahren 3

Finanzhilfen für Griechenland

Bundestag beschließt zweites Rettungspaket 4

Erneuerbare Energien fördern

Kosteneffizienter Ausbau der Photovoltaik 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Mehr Rechtssicherheit für Arbeitnehmer

Nutzung von Smartphones und Software zukünftig steuerfrei

Die christlich-liberale Koalition belegt wieder einmal, dass sie für Steuervereinfachung und Rechtssicherheit einsteht und hat diese Woche im Finanzausschuss beschlossen, die private Nutzung von Computer-Software des Arbeitgebers für den Arbeitnehmer zukünftig steuerfrei zu stellen.

Die Koalition hatte sich im Finanzausschuss diese Woche mit der Änderung des Gemeindereformgesetzes zu beschäftigen und hat dieses Gesetzesvorhaben dazu genutzt, weitere klärungsbedürftige Einzelfragen des Steuerrechts zu regeln. Dabei hat sie unter anderem beschlossen, ein weiteres Stück Steuervereinfachung zu schaffen und den geldwerten Vorteil aus der privaten Nutzung von System- und Anwendungsprogrammen des Arbeitgebers zukünftig für die Arbeitnehmer steuerfrei zu stellen.

Danach soll die Nutzung auch dann von der Steuer befreit sein, wenn das Unternehmen seinen Beschäftigten hierfür die entsprechenden Geräte wie Computer, Smartphones oder Tablets zur Verfügung stellt.

Bisher war die Überlassung von Software nur dann steuerfrei, wenn sie auf einem betrieblichen Computer installiert war, den der Arbeitnehmer auch privat nutzt. Dies hat jedoch dazu geführt, dass die Besteuerung der Nutzung der betrieblichen Software durch den Arbeitnehmer von den Finanzbehörden zum Teil uneinheitlich gehandhabt wurde.

Daher war es ein Anliegen der christlich-liberalen Koalition, die Nutzung zukünftig von der Besteuerung auszunehmen. Dadurch wird nicht nur mehr Rechtssicherheit für Bürger und Finanzverwaltung geschaffen, sondern auch die Einrichtung von Heimarbeitsplätzen erleichtert und unnötiger Erfassungs- und Bewertungsaufwand vermieden.

Verkehrspolitik

Neues Punkte-system vorgestellt

Die christlich-liberale Koalition hat sich bereits im Koalitionsvertrag für eine Neuregelung und Vereinfachung des Verkehrszentralregisters ausgesprochen. Jetzt hat Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer Eckpunkte für ein neues Verkehrszentralregister vorgestellt.

Nach dem von Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer vorgestellten Reformplan sollen Verkehrssünder künftig schneller ihren Führerschein verlieren als bisher. Vorgesehen ist, dass Autofahrer schon bei insgesamt acht statt bisher 18 Punkten den Führerschein abgeben müssen. Dafür soll es je nach Schwere des Vergehens aber zukünftig nur noch ein oder zwei Punkte in Flensburg geben – für einfache Verstöße sogar überhaupt keine mehr. Zudem sollen Punkte nach einer bestimmten Frist definitiv verfallen und nicht länger gelten, wenn weitere Punkte durch andere Verstöße hinzukommen.

Das neue Acht-Punkte-System soll vor allen Dingen diejenigen Fahrerinnen und Fahrer erfassen, die wiederholt die Sicherheit auf unseren Straßen gefährden. Durch eine klare vierstufige Regelung soll ein transparentes System geschaffen werden, das für jeden nachvollziehbar ist. Erst wer alle Stufen – Ermahnungen, Verwarnungen und Seminare – durchlaufen hat, verliert seine Fahrerlaubnis.

Das neue Flensburger Punktesystem soll vor allem eines erreichen: Mehr Sicherheit im Straßenverkehr. Erst kürzlich hatte das Statistische Bundesamt mitgeteilt, dass die Zahl der Verkehrstoten 2011 gestiegen ist. Hauptgrund für diesen Anstieg war dabei rücksichtsloses und zu schnelles Fahren. Die CSU-Landesgruppe begrüßt daher die von Verkehrsminister Dr. Peter Ramsauer vorgestellte Reform. Denn erklärtes Ziel der Neuordnung des Punktesystems ist es, ein vereinfachtes und wirksames Instrument zu schaffen, damit unsere Straßen noch sicherer werden.

Starker Arbeitsmarkt

Niedrigste Arbeitslosigkeit seit über 20 Jahren

Im Februar waren in Bayern rund 284.000, im Bund ca. 3,11 Millionen Menschen arbeitslos. Damit betrug die Arbeitslosenquote im Bund 7,4 Prozent, in Bayern 4,2 Prozent. Das ist sowohl im Bund als auch in Bayern die geringste Arbeitslosigkeit in einem Februar seit 21 Jahren.

Die Bundesagentur für Arbeit hat in dieser Woche die Arbeitslosenzahlen für den Monat Februar bekannt gegeben. Trotz leichtem Konjunkturrückgang und starken Wintereinflüssen hat sich die Situation im Jahresvergleich erneut erfreulich entwickelt: Weniger Arbeitslose, mehr Beschäftigte auf Rekordniveau und eine ungebrosene hohe Kräfte nachfrage.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen wie auch der Leistungsbezieher im Bereich des SGB II nimmt im Jahresvergleich weiter ab. Die Zahl der Hartz IV-Bezieher liegt mit derzeit durchschnittlich gut sechs Millionen so tief wie nie zuvor. Seit 2006 ist die Zahl um etwa eine Million zurückgegangen – das entspricht etwa 18

Prozent. Daneben sind die Beschäftigungschancen so hoch wie lange nicht. Im vierten Quartal 2011 kam im Bund rechnerisch auf 3,2 Arbeitslose eine offene Stelle. Dieses Verhältnis stellt den besten Bundeswert seit der Wiedervereinigung dar. Bayern weist mit derzeit rund 70.000 offenen Stellen den höchsten Stellenstand in einem Februar seit 2002 auf.

Damit hat der Arbeitsmarkt der extremen Kälte im Februar getrotzt und die positive Gesamtentwicklung am Arbeitsmarkt hat sich unvermindert fortgesetzt. Diese Daten zeigen einmal mehr, dass die Arbeitsmarktpolitik unter Führung der Union gleichermaßen nachhaltig wie auch überaus erfolgreich ist.

++++ Blick nach links ++++ Blick nach links ++++

Rostrottes Chaos

„Wer hat noch nicht, wer will noch mal?“ – so oder so ähnlich hieß es wohl neulich bei der LINKEN, als krampfhaft ein Gegenkandidat zu Joachim Gauck gesucht wurde – mit Kritikern der DDR-Diktatur haben es die Linken ja bekanntlich nicht. Der linke Hochschullehrer Christoph Butterwegge lehnte jedoch ebenso dankend ab wie die bereits gescheiterte Ex-Journalistin Luc Jochimsen. Am Ende blieb nur Beate Klarsfeld, die sich auch noch selbst über die Presse ins Spiel bringen musste. Und wie stehen die Rostrotten nun wirklich zu ihr? Die Einen kritisieren ihre offene Unterstützung für Nicolas Sarkozy, die Anderen ihre pro-israelische Haltung – und Gysi spielt wie immer den total Begeisterten. Sei es wie es sei, gewählt wird Frau Klarsfeld ohnehin nicht. Aber die LINKE hat sich wieder einmal als unfähig erwiesen, sich ihrer DDR-Vergangenheit zu stellen. Wen wundert's.

Rote Enteignung

Offenbar besoffen von den eigenen Umfrageerfolgen, hat der sozialistische Kandidat fürs französische Präsidentenamt, François Hollande, komplett über die Stränge geschlagen. Bei einer Fernsehdiskussion forderte er – anscheinend spontan – einen Spitzensteuersatz von 75 (!) Prozent ab einer Million Euro Jahreseinkommen. Der erste Leidtragende dieser De-facto-Enteignungs-Idee war indes kein Millionär, sondern der für Steuerfragen zuständige Mitarbeiter seines Wahlkampfteams. Denn der musste öffentlich erklären, wie 45 Prozent (Wahlprogramm) und 75 Prozent (Spontanidee) unter einen Hut passen – und scheiterte erwartungsgemäß. Sigmar Gabriel dürften die Haare zu Berge stehen angesichts seiner mehrfach öffentlich demonstrierten Unterstützung für Hollande. Die LINKE-Linke Sahra Wagenknecht indes hat medial größte Begeisterung bekundet.

Finanzhilfen für Griechenland

Bundestag beschließt zweites Rettungspaket

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche mit großer Mehrheit seine Zustimmung zu dem zweiten Griechenland-Paket erteilt und damit den Weg für Finanzhilfen in einem Umfang von rund 130 Milliarden Euro geebnet. Auch die CSU-Landesgruppe hat sich dabei mit breiter Mehrheit für ein weiteres Rettungspaket für Griechenland ausgesprochen.

Nach intensiven Verhandlungen haben sich die Finanzminister der Euro-Staaten am 21. Februar auf ein zweites Rettungspaket für Griechenland geeinigt. Dem nun vorgelegten Maßnahmenpaket zur Stabilisierung Griechenlands hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche im Rahmen einer Sondersitzung seine Zustimmung erteilt.

Das neue Hilfsprogramm soll bis Ende 2014 laufen und sieht nicht nur öffentliche Finanzhilfen, sondern auch einen Schuldenschnitt für die privaten Gläubiger vor. Alte Griechenland-Anleihen sollen in neue umgetauscht werden und bei einer niedrigeren Verzinsung eine Laufzeit von 30 Jahren haben. Darüber hinaus verzichten die privaten Gläubiger auf 53 Prozent ihrer Forderungen und erhalten im Gegenzug Sicherheiten von der öffentlichen Hand. Ziel

des Maßnahmenpakets ist es, die Schulden Griechenlands von derzeit 160 % des Bruttoinlandsprodukts auf annähernd 120 % bis zum Jahr 2020 zu reduzieren.

Griechenland selbst muss dafür zunächst zahlreiche Reformen in die Wege leiten. Denn die Ausschüttung öffentlicher Finanzhilfen ist an konkrete Erwartungen geknüpft: Bevor die erste Tranche des neuen Rettungspaketes im Umfang von rund 130 Milliarden Euro ausgezahlt wird, muss eine umfassende Teilnahme der Privatgläubiger sichergestellt sein und die gesetzgeberische Umsetzung der vordringlichen Reformzusagen Griechenlands stattgefunden haben.

Vor der Verabschiedung des neuen Hilfspakets hatte das Griechenland-Programm für kontroverse Diskussionen im Bundestag gesorgt. Aber

nach Abwägung aller Vor- und Nachteile waren sich die Parlamentarier mit breiter Mehrheit darin einig, dass die Chancen des neuen Rettungspaketes dessen Risiken überwiegen. Denn fest steht, dass die Folgen einer Insolvenz Griechenlands für die deutsche und europäische Volkswirtschaft ein unkalkulierbares Risiko darstellen würden. Darüber hinaus wird der deutsche Bürgschaftsrahmen durch das neue Rettungspaket nicht erhöht, denn die Finanzhilfen werden über den bereits vorhandenen Rettungsschirm EFSF finanziert.

Mit der Zustimmung zu dem zweiten Hilfspaket stellt die CSU-Landesgruppe unter Beweis, dass sie ihren Kurs bei der europäischen Staatsschuldenkrise konsequent fortsetzt und sich weiterhin für Solidarität einerseits und Eigenverantwortung andererseits einsetzt.

Erneuerbare Energien fördern

Kosteneffizienter Ausbau der Photovoltaik

Durch den rasanten Zuwachs der Photovoltaikanlagen wird aufgrund der hohen staatlichen Förderung zunehmend der Stromverbraucher finanziell belastet. Aus diesem Grund überarbeitet die christlich-liberale Koalition die Solarstromförderung nun und senkt die sogenannte Einspeisevergütung.

Die Entwicklung der Photovoltaik in Deutschland ist eine Erfolgsgeschichte und die deutsche Photovoltaikindustrie zählt zu den internationalen Technologieführern. Die rasante Entwicklung hat dazu geführt, dass in Deutschland in den letzten beiden Jahren jeweils eine Leistung von rund 7,5 Gigawatt neu installiert wurde.

Die hohe Zubaumenge ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Einspeisung von Solarstrom ins Stromnetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) stark gefördert wird. Gleichzeitig sind die Kosten und Preise für die Photovoltaik aufgrund des schnellen Ausbaus stark gesunken. Vor diesem Hintergrund hat sich die im EEG vorgesehene Vergütung



Foto: Bundesregierung / Andrea Biener

Solaranlage auf dem Dach des Bundeskanzleramtes

für die Einspeisung von Solarstrom als zu hoch erwiesen. Die staatliche Förderung hat zu zusätzlichen Kosten für den Stromverbraucher geführt, da die Kosten der Solarstromförderung über die sog. EEG-Umlage vom Endkunden mitgetragen werden. Die Herausforderung für die Politik bestand

daher darin, eine neue Regelung zu schaffen, die die Kosten und die Zubaumenge wirkungsvoll begrenzt und zugleich sicherstellt, dass die erneuerbaren Energien weiter dynamisch ausgebaut werden.

Dies ist der Koalition nun gelungen. Die Vergütungssätze werden an die aktuellen Entwicklungen angepasst und deutlich abgesenkt. Geprüft wird derzeit noch, ab welchem Stichtag die neuen Vergütungssätze dann Geltung finden sollen. Die CSU-Landesgruppe setzt sich dabei für eine verträgliche Lösung ein, bei der die Interessen der betroffenen Bürger und Unternehmer gewahrt bleiben und deren Vertrauen in die bestehenden Regelungen geschützt wird.